

Thorner Zeitung



Begründet 1760.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Montags.
Als Beilage: „*Illustrirtes Sonntagsblatt*“.

Stückpreis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Zusendung frei ins Haus in Thorn, Borsbude, Mader und Bogdorf 2 Mark. Bei sämtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Postgeld) 1,50 Mark.

Redaction und Expedition, Bäckersr. 89.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die 6-gespaltene Petit-Beile oder deren Raum 10 Pfennig.

Annahme bei der Expedition bis 2 Uhr und Walter Hambeck
Buchhandlung, Breitestraße 6, bis 1 Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annoncen-Expeditionen.

Nr. 31

Sonntag, den 5. Februar

1899

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Februar.

Der Kaiser nahm Donnerstag an einem Lawn-Tennis-Spiel theil. Zur Abendtafel bei dem Kaiserpaare waren geladen Prinz und Prinzessin Wolsky zu Schaumburg-Bippe, Prinz und Prinzessin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein, Prinz Albrecht zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. — Freitag Morgen um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Thiergarten. Um 7 Uhr Abends wollte der Monarch das Diner beim Oberpräsidenten Staatsminister v. Moltke einnehmen.

Der russische Botschafter Graf v. Osten-Sacken erkrankte vorgestern auf dem Hofball. Der Botschafter hatte darauf eine sehr ruhige, völlig fieberfreie Nacht. Der Botschafter befindet sich aber heute wieder völlig wohl und hütet nur aus Vorsicht das Zimmer.

Bei dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe findet am 9. Februar ein parlamentarisches Diner statt. — Für denselben Tag hat auch Staatssekretär Nieberding Einladungen zu einem parlamentarischen Diner ergehen lassen.

Der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. v. Bitter, hat sich genötigt gesehen einen mehrtägigen Urlaub nachzusuchen und nach der Riviera zu reisen, um die Nachwirkung eines schweren Grippeanfalles auszugleichen und sich vollends zu erholen.

Der Kapitän zur See Westphal hat am 2. Februar in Kiel das Kommando S. M. S. „Kaiser Friedrich III.“ von dem Fregatten-Kapitän Rindt übernommen.

Der kleine Kreuzer „Gazelle“ und das Divisionstorpedo-Boot „D 10“ haben in dieser Woche ihre Probefahrten fortgesetzt. Das Kanonenboot „Flis“ beendet seine Ausrüstung für die in den nächsten Tagen stattfindende Ausreise von Kiel nach Ostasien, woselbst das Fahrzeug dauernd stationiert bleiben wird, während seine Besatzung, mit jährlicher Ablösung einer Hälfte, alle zwei Jahre wechselt.

Dem Reichstage gingen das Hypothekenbankgesetz und der Gesetzentwurf betreffend das Strafgesetzbuch und die unbedenkten Auslagen zu.

Die halbamtlichen „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: „Durch eine beim Reichstage eingegangene Petition wird wieder Stimmung für die obligatorische Einführung von Gewerbegegerichten, diesmal für alle Gemeinden mit entwickeltem Gewerbebetrieb, zu machen gesucht. Es ist wirklich nicht einzusehen, welche Erfolge mit dieser Forderung des Gewerbegegerichtes erzielt werden sollen. Das ist die bestehende Gewerbegegerichte in recht vielen Fällen als Entscheidungsinstitut für die kleineren Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern recht gut bewährt haben, ist sicher. Ebenso gewiß ist aber und durch statistisches Material hinreichend bewiesen, daß auch von den jetzt schon bestehenden Gewerbegegerichten mancher recht wenig angerufen wird, weil glücklicherweise die Streitigkeiten, für welche sie zuständig sind, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmter Bezirke außerordentlich selten vorkommen. Schon hieraus ist ersichtlich, daß nicht in allen Gemeinden mit entwickeltem Gewerbebetrieb die Errichtung von Gewerbegegerichten notwendig ist. Die Gerichte aber bloß pro forma zu schaffen, dazu muß die Institution selbst doch zu hoch geschätzt werden. Ueberdies ist der Begriff einer Gemeinde

mit entwickeltem Gewerbebetrieb recht dehnbar. Es müßte doch eine Instanz geschaffen werden, welche ihn interpretierte. Wenn dies nun, wie wohl nicht anders möglich, die Landes Centralbehörde sein sollte, so würde man im Grunde auf eine Einrichtung hinauskommen, welche auch jetzt schon existiert. Das Gewerbegegericht, wie es in Kraft ist, enthält die Vorschrift, daß auf Antrag betheiligter Arbeitgeber oder Arbeiter die Errichtung eines Gewerbegegerichts auch gegen den Willen der Gemeinde erfolgen kann. Der ganze Unterschied gegen die jetzige Ordnung würde nur der sein, daß die Landes-Centralbehörde später aus eigener Initiative vorgehen könnte. Das aber wäre garnicht einmal wünschenswerth und zwar deshalb nicht, weil doch in den einzelnen Gemeinden besser als in der Centralinstanz übersehen werden kann, ob die speziellen Verhältnisse die Errichtung eines Gewerbegegerichts zweckmäßig, oder notwendig erscheinen lassen oder nicht. Demgemäß ist durchaus kein Grund zur Aenderung des gegenwärtigen Rechtszustandes vorhanden, die Petition wird deshalb auch auf einen Erfolg nicht zu rechnen haben.“ — Es ist wohl anzunehmen, daß in Vorstehendem die Ansicht unserer Regierung zu der Angelegenheit wiedergegeben ist.

Im braunschweigischen Landtag theilte Staatsminister v. Dito mit, die Frage werde erwoogen, ob anstatt des auf 10 Millionen Mark Kosten veranschlagten Stichkanals eine Stichbahn von Braunschweig an den Mittellandkanal zu bauen sei. Er habe gestern darüber mit dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten verhandelt und großes Entgegenkommen gefunden.

Der rheinische Provinziallandtag stimmt dem Antrage des Provinzialausschusses zu, zur Erhaltung des Siebengebirges aus den Mitteln der Provinz 200 000 Mark aufzuwenden.

Der „Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit“, welcher in der Pfingstwoche in Berlin stattfindet, erregt in weiten Kreisen Interesse. Die Zahl der Anmeldungen beträgt bereits jetzt mehrere Hundert. Es darf dies als ein erfreuliches Zeichen dafür angesehen werden, daß die Ueberzeugung von der großen Gefahr, welche die Tuberkulose, insbesondere in der Form als Lungenschwindsucht, für das Volkwohl darstellt, in das allgemeine Bewußtsein übergegangen ist. Man wird dabei in der Annahme nicht fehl gehen, daß die neuerdings vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Angaben über die Rolle der Lungentuberkulose als Invaliditätsursache an der Befestigung dieser Ueberzeugung hervorragenden Antheil haben. Diese Statistik, welche etwa 158 000 Invaliditätsfälle d. h. verbrauchsfähig beglaubigte, chronische Erkrankungen betrifft, hat in einer bisher nicht möglich gewesenen Weise dargestellt, daß die Lungenschwindsucht gerade im erwerbsfähigen Alter die größten Verheerungen anrichtet, daß z. B. im Alter von 20 bis 30 Jahren bei jedem zweiten Invaliden die Erwerbsunfähigkeit durch die genannte Krankheit verursacht wird. Der Kongress bezweckt, die durch die Tuberkulose-Forschung und Statistik gewonnenen Thatfachen vor autoritativer Seite der weitesten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Als Mitglieder sind auch bereits eine Anzahl von Damen gemeldet, darunter als erste die Frau Erb-Gröfherzogin von Sachsen-Meiningen.

Alle meine Gedanken drehten sich im Kreise. Ich wollte ihn nicht sehen, den Andern, ich weigerte mich gegen die zwingende Nothwendigkeit, das, was am Nachmittag mein Mann gesprochen, mit diesem unerwarteten Ereignis in Verbindung zu bringen, und gleichwohl drängte sich der Zusammenhang des Ganzen doch unwillkürlich der Seele auf. Mir graute, — ich regte kein Glied! — Oben schwebte die Musik, und drinnen im Zimmer sprachen beide Männer mit einander. Ich unterschied nicht, wovon, nur zuweilen drangen einzelne Worte bis in mein Verstand. Es schien, als ob das ein beginnender Zwist sei, Alexanders Stimme klang heiser und erregt, das, was er sagte, betraute drohend. „Du weißt nun Alles!“ hörte ich ihn endlich ausrufen, „Alles, nur Eins nicht. Komm, ich will Dir's in's Ohr flüstem, alter Junge, und es wird hinreichen, glaube ich, um unsere Schulungen-Zwistigkeiten für immer aus Deinem Gedächtnis zu tilgen!“ Er lagte und beugte sich über den Tisch, ich hörte es an dem Geräusch des Stuhles. Oben spielten Sie wieder, Herr Dohn, und dann — durchdrang ein einzelnes Wort die Stille im Nebenzimmer. Der Fremde rief es laut und erbittert: „Glender!“

Die Thür zu meinem Verstand wurde aufgerissen. Alexander stand auf der Schwelle, rasend vor Zorn, die Pistole in der Hand, ein teuflisches Lächeln auf den Lippen. „Ich habe von den Dingen zwei“, sagte er mit veränderter, tonloser Stimme. „Eins für Dich!“

Mir schwindelte, ich sah die Flammen vor den Augen, ich wollte mich zwischen die beiden Gegner stürzen, aber Alexander versperkte mir mit roher Gewalt den Weg. Bewußtlos taumelte ich zurück, als jener Schuß fiel, den auch Sie gehört.

Und dann sah ich, halb von der Ohnmacht befangen, wie mein Mann den Verwundeten in das dunkle Zimmer trug und auf das Sopha legte. Raum wissend, was ich that, setzte ich die Lampe in Brand und holte kaltes Wasser herbei. Dann kam Alexander zurück.

„Entferne das Blut!“ sagte er kalt, „und bei Deinem Leben spreich zu Niemandem von dem, was hier geschehen!“ Ich gehorchte

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom Freitag, 3. Februar.

Am Tisch des Bundesraths: Staatssekretär v. Bobbielt, Staatssekretär v. Thielmann.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats. (Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.)

Referent Abg. Dr. Pasche (natl.) giebt zu dem Kapitel 3 Titel 1 ff. (Einnahmen) eine kurze Uebersicht über die Kommissionsverhandlungen und betont, daß die Kommission darauf gedrängt habe, die Postanweisungsgebühr von 10 Pfg. bis zu Beträgen von 20 Mk. hinauf einzuführen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) wünscht Gleichstellung der Gebühren von Manuscriptsendungen mit denen von Korrekturbogen, sowie eine Ermäßigung der Telephongebühren an kleineren Orten. Die von der Postverwaltung in der Kommission aufgemachte Rechnung, wonach die Verwaltung bereits bei den Zehnpfennig-Postanweisungen bis zu 5 M. einen Verlust zu verzeichnen hätte, könnte wohl nicht stimmen.

Staatssekretär des Reichspostamts v. Bobbielt: Zunächst habe ich zu erklären, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß das Inland nicht schlechter gestellt sein soll mit seinen postalischen Bestimmungen als das Ausland durch den Velpostverein. Eine Reihe von Inconvenienzen sind indessen beseitigt. In der Budgetkommission habe ich bereits erklärt, daß ein neuer Telephon-Gebührentarif dem Reichstage noch in dieser Session zugehen wird. Die bezügliche Vorlage ist bereits von mir dem Bundesrath mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers übermittelt worden. Mit den Städten muß ich mich doch auf irgend eine Weise einigen; ich kann die Dinger (i. e. die Telephone) doch nicht an den Mond hängen. In Bezug auf die Telephongebühren steht der zukünftige Gesetzentwurf auf dem Boden der Durchschnittsbemessung. In Bezug auf den Postanweisungsverkehr haben wir ganz bestimmte statistische Grundlagen. Wir haben zu diesem Zwecke viele Rechenmaschinen aufgestellt, die die nötige Kontrolle bewirken. Dadurch gelangen wir zu positiven Zahlen. Ich hoffe, daß der Gesetzentwurf noch in diesen Tagen zur Erörterung kommen wird. Die Gebühren auf diesem Felde werden wesentlich billiger sein können, als bei Postanweisungen.

Auf eine Anregung des Abg. Dr. Bödel (b. l. Fr.) bemerkt Staatssekretär v. Bobbielt: Bei unfrankirten Briefen handelt es sich nicht um ein von der Postverwaltung zu leistendes Straßporto sondern um ein Zuschlagsporto wegen der der Post erwachsenden Mehrarbeit.

Abg. Graf Stolberg (konf.): Da die Postverwaltung keine Zuschlagsverwaltung sei, müsse man mit Verabfolgung von Gebühren vorsichtig sein.

Abg. Müller-Sagan (fr. Bp.): Es sei ein Uebelstand, daß noch immer Papiergeld in Briefen, sogar in einfachen befördert würde.

Staatssekretär v. Bobbielt erklärt ferner, er habe mit Ermäßigung des Wortes „Gesprächszähler“ nur gemeint, es gebe eine Möglichkeit, die Gespräche eines Abonnenten auf dem Amte zu zählen. Uebrigens verlange man immer Verbilligung der Tarife, und er (Redner) solle an die Kommunen noch was zahlen. Wobon sollte er denn das nehmen?

Ohne erhebliche Debatte werden mehrere Titel genehmigt. Bei Titel 9 (Einnahmen von dem Abzug der Zeitungen) bemerkt der Referent Dr. Pasche (Natl.): Eine Reform des Postzeitungswesens sei noch für dieses Jahr in Aussicht gestellt.

Bei Titel „Fortdauernde Ausgaben“ „Gehalt des Staatssekretärs“ wünscht Abg. Dingens (Ctr.) unter Anerkennung des Geleistes weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe für die Postbeamten.

Abg. Singer (Soz.): Die Postverwaltung trete noch immer dagegen auf, daß die Beamten ihre Interessen in Vereinen und Zeitungen vertreten. Die Mahregulierung des Affiliatenverbandes sei seinerzeit mit einigem Erfolg im Reichstag getabelt worden. Der Thatendrang der Postverwaltung habe sich jetzt gegen die Unterbeamten gerichtet. Unter dem Deckmantel, es seien sozialdemokratische Bestrebungen würden alle Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Berufs- und wirtschaftlichen Lage unterdrückt. Redner verliest einige Erlasse von Oberpostdirektionen und vom Staatssekretär. Das Organ „Der deutsche Postbote“ sei Gegenstand eines Erlasses geworden, Beamte seien entlassen, weil sie das Blatt gehalten hätten. Das Blatt „Die neue Post“ sei als Gegenorgan gegründet worden, und werde von der Postbehörde mit allen Mitteln pöuffirt.

gitternd; als ich wieder in mein Zimmer kam, hatte Alexander die Streifwunde an der Schulter des Fremden notdürftig gewaschen und verbunden, er stand finsternen Blickes vor dem Sopha. „Daß die Russische anspannen!“ befahl er.

Aber bei diesen Worten Lärte mir das halbentflozene Bewußtsein zurück. „Unmöglich!“ rief ich voll Empörung, „unmöglich, Alexander. Du wolltest einen Schwerverwundeten in die eilige Winternacht hinausstreben, noch dazu —“

Er lagte spöttisch. „Ich vergaß“, sagte er, „ich vergaß. Aber Du hast Recht, pflege ihn immerhin. Meine Erlaubniß hast Du gewiß!“

Dann ging er fort und überließ mir den Verwundeten. Jetzt dachte ich nur an das, was mir zu thun oblag. Ich schob ein Kissen unter den herabgefunkenen Kopf und wusch die kalte, todblaße Stirn mit Eißig. Ich, wie verändert war dies bleiche ernste Antlitz, seit ich es zuletzt gesehen!

Mit gefalteten Händen lauschte ich, zitternd vor Furcht und Schmerz. Ein Arzt durfte nicht herbeigeholt werden, und dennoch, — wenn er starb, so war Alexander sein Mörder.

Mein Kopf brannte wie im Fieber, ich stand auf dem Punkt, zu Lady Bancroft zu eilen und ihr alles zu gestehen, da, — öffnete der Verwundete die Augen. Ein Freudenstrei drang über meine Lippen. „Ach Gottlob, Gottlob!“ — Und nun konnte ich weinen, nun war ich erlöst von dem schrecklichen Mann, der auf mir gelegen.

„Beruhigen Sie sich, Frau Eichenhardt“, hörte ich mit matter Stimme den Fremden sagen, „beruhigen Sie sich ganz, und bitte, — geben Sie mir aus der Tasche meines Rockes das Portefeuille. Es ist nur der Blutverlust, welcher mich auch augenblicklich angegriffen.“

Aber sein Aussehen strahlte die Worte Blügen. Er war kaum im Stande das Taschentuch zu halten. Erst nach mehrerem Unterbrechungen gelang es ihm, einige Zeilen zu schreiben, — eine Anweisung auf Sack- & Compagnie in Frankfurt. „Geben Sie das Ihrem Herrn Gemahl, verehrte Frau“, hörte ich ihn

Erloschen.

Erzählung von W. Höffer.

Nachdruck verboten.

30. Fortsetzung.

Ein eisiger Frost durchschauerte mich. Ich war wie erstarrt, konnte nicht weinen, mich nicht bewegen, nicht zusammenhängen denken, da — erkante von oben her Musik. Man spielte und sang; ich hörte Alles.

Es ist bestimmt in Gottes Rath,
Daß man vom Lieben, was man hat,
Ruh scheiden, ja scheiden! —

Ramilla sprach mit unsicherer, erschütterter Stimme die innigen Worte des alten Viedes. Sie schluchzte im Andenken jener Schreckensnacht. „O, Herr Dohn“, setzte sie hinzu, „noch jetzt, nach so vielen Jahren, glaube ich diese Musik zu hören. Waren Sie es, der dort spielte?“

„Ich war es, Ramilla. O, mein Gott, mein Gott, wenn ich das geahnt hätte —“

„Still“, sagte sie, „still, der Tag bricht herein, ich muß mich beeilen, Ihnen das zu erzählen, was ich selbst von der Sache weiß. Mir ist vieles dunkel geblieben, und vielleicht wird davon der Schleier niemals gehoben werden: doch hören Sie: „Schon vor Beginn des Musikstückes erschredten mich Aufschläge auf dem Pflaster des Hofes. Das waren zwei Pferde; — Ob noch so spät Gäste kamen?“

Aber nein, ich hörte meines Mannes Stimme. Er schien getrunken zu haben, sprach in herrlichen Worten mit dem Gefinde und führte dann seinen Begleiter in das Nebenzimmer, wo er die Hängelampe anzündete und Cigarren auf den Tisch setzte. Ich rührte kein Glied. Alles an mir war wie gelähmt, — auch die zweite Stimme hatte ich erkannt. Aber wie kam dieser Mann hierher?

Vizepräsident Schmidt (da Abg. Singer sehr laut spricht); Der Herr Abgeordnete würde wohl mehr Eindruck machen, wenn er sich etwas mehr bewegen würde. (Große Unruhe links.)

Abg. Singer (fortfahrend): Ob man mehr oder minder möglich spricht, ist Sache des Temperaments. Ein Beamter sei entlassen worden, weil er gesagt habe — bei der Stichwahl — „macht was ihr wollt, wählt Bloß“, was ausgelegt worden sei, als habe er gesagt „wählt Bloß“ — den sozialdemokratischen Kandidaten. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Schmidt ruft den Abg. Singer zur Ordnung wegen des Tones in dem er von Anwesenden spreche.

Abg. Singer: Mein Ton war bedingt durch den Ton des Beamten, von dem ich sprach.

Vizepräsident Schmidt verbittet sich die Kritik seiner Amtsführung.

Abg. Singer: Wenn der Staatssekretär pflichtgetreue Beamte haben will, so möge er sie wie Menschen behandeln und nicht wie Sklaven.

Staatssekretär v. Podbielski: Auf die Schlussapostrophe des Herrn Abg. Singer eingegangen, ist mir leider unmöglich, denn ich bin weder berechtigt noch befugt, eine Kritik an diese Worte zu legen. Was die beiden geringfügigen Sachen angeht, so glaube ich, sie haben in Herrn Abg. Singer keinen günstigen Anwalt gefunden. Auf die Bemerkung des Vordrängers betreffend Militärverwalter erwidere ich, daß man geglaubt hat, man könnte den Anwärtern helfen, wenn man sie so zahlreich anstellt. Nach dem Urteil des Reichsgerichts ist jetzt die Sache gegen die Verwaltung ausgesprochen. Davon aber seien Sie überzeugt, ich werde nicht eine Stunde zurücktreten, eine Maßregel, die ich für richtig halte, durchzuführen, ob der hohe Reichstag versammelt ist oder nicht. Blöde Furcht ist durchaus nicht vorhanden. Ein Mann von sozialdemokratischer Gesinnung kann nicht kaiserlich deutscher Reichspostbeamter sein. [Bravo rechts.] Ich habe es für meine vornehmste und erste Pflicht, jeden sozialdemokratischen Beamten aus der Verwaltung zu entfernen. [Bravo rechts.] Alles, was geschieht in der Reichspostverwaltung, werde ich lieber mit meiner Person, als daß ich es den Unterbehörden, die auch dazu berechtigt wären, überlasse. Die volle Verantwortung trage ich selbst. [Bravo rechts.] So werden die Unterbeamten das Gefühl haben: der Mann ist bemüht, gerecht zu sein. Aber ein so großer Beamtenkörper muß mit fester Hand geleitet werden. Sie würden mich beklagen, wenn ich eines Tages vor Sie treten wollte und sagen: der Postbetrieb ist für drei Tage eingestellt. Daß ich die Bitte nicht selbst antragen kann, ist doch klar. [Heiterkeit.] Von den Sozialdemokraten wird die Autorität untergraben und Mißtrauen gesät. Ich muß unbedingt zurückweisen, daß sich irgend ein Dritter in meine Verwaltung einmischt. [Sehr richtig! rechts.] Was die Verbände betrifft, da habe ich dem Vorkommenden vollständig freie Hand gelassen. Ich habe dem Verbande stets Wohlwollen entgegengebracht. Ähnlich hat es sich mit dem Unterbeamtenverband verhalten. Berechtigten Ansprüchen ein ich auch hier nie entgegengetreten.

Abg. Singer (Soz.) verwahrt sich gegen den Ausdruck, er habe Tatsachen gefälscht.

Vizepräsident Schmidt erklärt, einen solchen Ausdruck nicht vernommen zu haben, worauf Staatssekretär v. Podbielski erklärt, es habe ihm jede beleidigende Absicht fern gelegen. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Abg. v. Kardorff (Rp.) spricht dem Staatssekretär seine Anerkennung über die ernsthafte und fräftige Sprache aus, die er geführt und hofft, andere Staatssekretäre des deutschen Reiches werden seinem Beispiel folgen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Antif.) beklagt die immer stärker werdende Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in dem Postdienst und nimmt das Blatt den „Postboten“ gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe in Schutz.

Abg. Baudert (Soz.) führt Klage darüber, daß die Reichspostverwaltung bei Errichtung neuer Postgebäude den Wägen der Gemeinden zu wenig Rechnung trage.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Agiter, Fortsetzung des Postetats.

(Schluß nach 5 1/2 Uhr.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 3. Februar.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die zweite Etatsberatung fortgesetzt. Nach einer unbedeutenden Debatte, in welcher mehrere Abgeordnete zumeist lokale Wünsche vorbrachten, wurde der Etatetat der Gutsverwaltung genehmigt.

Auch die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Synagogengemeindeverhältnisse in Frankfurt a. M., nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Die Vorlage wurde angenommen.

Sodann folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen.

Nachdem die Abg. Knobloch (natl.), v. Böcken (cons.) und Koppich (frei. Volksp.) warm für die Annahme des Gesetzes plädiert hatten, nahm Abg. Knörcke (frei. Volksp.) das Wort und tadelte die Regierung, daß sie so lange das Haus auf die Vorlegung des Gesetzentwurfs habe warten lassen.

Der Kultusminister gab einige erläuternde Bemerkungen zu dem Entwurf, sowie Berichtigungen verschiedener Punkte aus den Reden der Linken.

Abg. Ehlers (frei. Vgg.) wünschte, daß eine Form gefunden werde, wonach den weniger leistungsfähigen Städten ein höherer Staatszuschuß gewährt wird.

Damit wird die Debatte geschlossen und der Gesetzentwurf nach dem Antrag des Abg. Knobloch (natl.) einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Auf Vorschlag des Präsidenten v. Köcker wird die Sitzung beendet. Nächste Sitzung Freitag Vormittag 11 Uhr.

sagen, „und wirklich, vergessen Sie den Vorfall. Es war eine kleine Meinungsverschiedenheit, weiter nichts. Wenn Sie mich recht zu Danke verpflichten wollen, leihen Sie mir einen Wagen, der mich nach Frankfurt zurückbringt. Das Reiten dürfte nicht gehen, obwohl freilich die Wunde nur eine Schramme zu nennen ist.“

Er sah mich freundlich lächelnd an; seine Augen versprachen mir mit stummer Verehrung den Schutz seines edlen selbstlosen Herzens. Ich wußte, daß das traurige Geheimnis dieser Nacht bei ihm vor allem Verrath geschützt sei. Unwillkürlich ächzte ich ihm die Hand entgegen. „Er läßt sie jählich.“ Ich habe Sie erschreckt, Frau Eichenhardt“, sagte er, „aber das darf Sie nicht hindern mir ein gültiges Andenken zu bewahren, mich in Ihrer Erinnerung fortleben zu lassen, als einen treuen ergebenen Freund, nicht wahr?“

Seine Thränen erstickten mich fast, ich bat ihn um Auskunft, aber er schüttelte mit dem Kopf; er wollte auch nichts davon wissen, als ich ansetzte, noch zu bleiben, wenigstens bis es Tag geworden. „Nein, Kamilla“, sagte er mit festem Ton, „das kann nicht sein. Gott behüte Sie immerdar, Theure, — und jetzt leben Sie wohl, ich muß fort von hier.“

Sein Händedruck sprach mehr als alle Worte. Ich weinte laut, aber — trotz der kühnsten Winternacht mußte ich die Kutsche in Stand setzen und ihn durch unsern alten zuverlässigen Knecht bis an die Posttür führen lassen. Noch ein paar freundliche, trübende Worte, ein Blick aus seinen treuen Augen, und die Pferde zogen an. Ich sah ihn nicht wieder.

Im Zimmer stand, als ich zurückkam, mein Mann und blickte mir unruhig entgegen. „Er ist fort“, fragte er hastig, „ohne Dir etwas gesagt oder gegeben zu haben?“ — „Sprich!“

Ich reichte ihm abgewandten Gesichts die Anweisung auf das Banthaus. Mir graute vor dem leichenhaft blassen Antlitz, den lächelnden Augen und den bebenden Händen.

Er stürzte sich förmlich auf das Blatt. Ein Seufzer, fast wie ein Schrei, entzang sich seiner Brust. „Gerettet! — Gerettet!“

Fortsetzung folgt.

Provinzial-Nachrichten.

— Gollub, 2. Februar. Der Kammerei-Kassen-Rendant Wolf ist zum stellvertretenden Amtsanwalt beim hiesigen Amtsgericht ernannt. — Die Pflasterung der Thörner Vorstadtstraße bis zur Grenze des Volkereignungsplatzes wird demnächst zur Ausführung kommen. Der Kreisarchitekt hat aus dem Wegebaufonds eine Beihilfe von 1500 M., der Besitzer des Volkereignungsplatzes eine solche von 500 M. bewilligt. Insgesamt ist die Pflasterung auf 4500 M. veranschlagt.

— Elbing 2. Februar. „Aus Scherz“ fuhr dieser Tage ein hiesiger Techniker in Damenkleidern nach Königsberg. Als er dort anlangte, wurde er von der Polizei in Empfang genommen. In Heiligenbeil war ein Gen darm in den Eisenbahnzug gestiegen. Ihm war die „junge Dame“ etwas verdächtig vorgekommen. Der Beamte drängte also von Ludwigsdorf sofort an die Behörde in Königsberg und daher der polizeiliche Empfang. Zum Glück für den Techniker konnte seine Persönlichkeit leicht als unbedenklich festgestellt werden und es erfolgte deshalb bald seine Entlassung.

— Dirschau, 2. Februar. Nächsten Sonntag findet in Dirschau ein Gau-Turntag statt. Derselbe hat auf seiner Tagesordnung u. A. folgende Gegenstände: Antrag Zander-Danzig: Turnvereine, welche sich im Laufe des Rechnungsjahres melden, können erst bei Gelegenheit des nächsten Gau-Turntages aufgenommen werden. Antrag Merdes-Danzig: Der Gau Turnrat hat das Recht, Turnvereine sofort nach eingegangener Meldung in den Gauverband aufzunehmen. Stellungnahme zu der in Ostpreußen angeregten Theilung des Kreises I. Förderung der Gau- und Bezirksvereine. Wahl des Gau-Turnrathes. Wahl eines Vertreters und Stellvertreters zum deutschen Turntag. Beschlusfassung über ein im Jahre 1899 zu veranstaltendes Gau-Turnfest.

— Aus Rauten, 1. Februar. Eine litauische Hochzeit sollte am 27. v. M. in der Kirche zu Ruden stattfinden. Ein Besucher aus Steppon-Rüben, der standesamtlich bereits vor längerer Zeit getraut worden war, wollte seinem Ehebande nunmehr auch die kirchliche Weihe geben lassen. Die Hochzeitsgäste waren sämtlich erschienen, und auf mehreren Führern wurde unter lustigem Zuchelha und Heitschenknallen die Fahrt von Steppon-Rüben nach Ruden angetreten, wofür nach litauischem Brauch im Gasthause eine Herzstärkung eingenommen wurde und es dann zur Kirche ging. Herr Pfarrer P. hielt die Traureden und richtete an den Bräutigam die übliche Frage, ob er seine Frau liebe u. Darauf erklärte dieser ganz drastisch „Nein“, machte Reht und ging zur unbescheidlichen Verblüffung der zurückbleibenden Hochzeitsgesellschaft davon. Die nach einer weiteren Herzstärkung angetretene Heimgast des Hochzeitslandes verließ nicht ganz glatt, denn unterwegs brach der Wagen, und er mußte die Rückkehr von der so frühlich angetretenen Hochzeitsfahrt zu Fuß bewerkstelligen.

— Bromberg, 3. Februar. Neuerem Vernehmen nach hat unter den Bewerbern um die hiesige Erste Bürgermeisterei Stelle zur Zeit die meisten Chancen Stadtrat Wenzel in Breslau. Herr Wenzel trifft heute oder morgen hier ein, um sich den Stadtbewerbern vorzustellen. Zur Vorstellung aufgeführt wurde ferner, wie wir hören, Landesrat Knobloch in Posen. In der letzten Zeit sind aus gleicher Veranlassung hier anwesend gewesen u. A. der Bürgermeister Ander aus Landsberg a. W. und der 2. Bürgermeister aus Rastau. — Der Amtsrichter Dr. Mantey zu Kofen ist als Landrichter an das Landgericht zu Gnesen versetzt.

— Bromberg, 3. Februar. [Entwurf des städtischen Haushaltsplanes für 1899/1900.] Der Magistrat veröffentlicht eine vergleichende Uebersicht des laufenden Etats mit dem nächstjährigen Entwurf, der übrigens auch von heute ab bis einschließlich 10. Februar im Rathhause, Zimmer Nr. 15, zu Jedermanns Einsicht ausliegen wird. Wir entnehmen dem Entwurf folgende Angaben: Einnahmen: Uebernommener Bestand 19 203 (9223) Mark weniger als in dem Vorjahre; unbefähigte Gefälle 27 884 Mark; Zinsen von Kammereigeldern 16 090 (— 982 gegen Vorjahr); Beiträge einzelner städtischer Anstalten 78 015 Mark, wie im Vorjahr; Ueberschuß der städtischen Gasanstalt 96 794 Mark (+ 9900 gegen Vorjahr); des städtischen Viehhofes 4215 Mark (+ 300 Mark); Biersteuer 39 030 Mark, wie im Vorjahr; Umsatzsteuer 44 000 Mark (wie im Vorjahr); Vergütungssteuer 10 100 Mark (— 300 Mark); Hundesteuer 8 000 Mark (wie im Vorjahr); Polizei- und andere Strafen 7200 Mark (+ 200 Mark); direkte Gemeindefeuer 757 020 Mark (+ 34 455 Mark); außerordentliche Einnahmen 12 540 Mark (— 346 Mark). In den letzteren Titel sind 12 000 Mark Beitrag der Provinzialverwaltung zu Straßenpflasterungen neu eingestellt, dagegen ist eine einmalige Einnahme des Jahres 1898/99 in Höhe von 12 386 Mark in Wegfall gekommen. Summe der Einnahmen: 1 136 115 Mark gegen 1 060 325 Mark im Vorjahre. — Ausgaben: Besoldungen 192 452 Mark (+ 6524 Mark); Kanzleikosten 8200 Mark wie im Vorjahre; Tagelöhner für Stellvertreter und Hilfsarbeiter 18 900 Mark (+ 1000 Mark); Ruhegehälter, Wittwenpensionen u. 16 498 Mark (+ 4295 Mark); Sächliche Verwaltungskosten 19 575 Mark (+ 889 Mark); Unterhaltung und Instandhaltung der Stadthäuser 520 Mark (— 235 Mark); Straßenbeleuchtung 37 120 Mark (+ 2858 Mark); Bauwesen 26 835 Mark (— 6460 Mark); Polizeiwesen 2400 Mark (— 60 Mark); Verwaltungszuschüsse: für die Schulen 253 209 Mark (+ 22 658 Mark); Armenverwaltung 85 209 Mark (— 610 Mark); Krankenhaus 17 241 Mark (+ 115 Mark); Bürgerpflicht 2573 Mark (— 129 Mark); Straßenreinigungsanstalt 32 957 Mark (+ 720 Mark); Feuerlöschanstalt 24 547 Mark (— 973 Mark); Verwaltung der Gartenanlagen 10 535 Mark (+ 4850 Mark); Stadttheater 26 678 Mark (+ 5903 Mark); Zinszahlung und Verwaltungsbeitrag 113 070 Mark (+ 20 456 Mark). Außerordentliche Ausgaben: Beitrag zur Sammelkasse für Schulbauten 20 000 Mark, zum Sammelfonds für Straßenpflasterungen 40 000 Mark — wie im Vorjahre. Summe der Ausgaben 1 136 115 Mark (+ 85 301 Mark). Mit dieser Summe balanciert also der Etat. Als Gemeindefeueren schlägt der Magistrat folgende Sätze vor: 140 Prozent der Realsteuern, 100 Prozent der Betriebssteuern, 123 Prozent Zuschlag zur Staatsseinkommensteuer.

— Grotte a. B., 2. Februar. (Schwindelkünstler.) Gestern Abend kam ein anfänglich gefeierter Mann von etwa 40 Jahren in den Laden der Wittwe Gappe und kaufte 1/2 Centner Mehl, 10 Pfund Zucker und 2 Pfund gebrannten Kaffee. Ohne Bezahlung geleistet zu haben entfernte sich nun der Mann mit den abgewogenen Waaren, angeblich, um sie auf den in der Nähe stehenden Wagen zu legen, während Frau G. bis zu seiner Rückkehr noch mehrere Pfund Seife und einige Liter Petroleum abnehmen sollte. Der Schwindler aber hatte das Wiederkommen vergessen und war mit seiner Beute davongegangen. Wie sich jetzt herausstellt, sind ähnliche Betrügereien in letzter Zeit mit demselben Erfolg von einem unbekanntem Manne in zwei anderen Geschäften verübt worden, ohne daß es bisher in die Öffentlichkeit gelangt war.

— Argentan, 2. Februar. Von Montag bis Mittwoch war hier wieder ein Militärkommando anwesend, das täglich Uebungsritte nach der Grenze zu unternehmen. — Die Ortsgruppe Argentan des Vereins zur Förderung des Deutschtums hat Montag, 6. d. M., Abends 9 Uhr, in Wittwosts Restaurant ihre Februarversammlung. Harrer Majewski von hier vorn einen Vortrag über „die geschichtliche Bedeutung des deutschen Nationalbewußtseins in den Dänemarken“ gehalten.

— Snowrazlaw, 2. Februar. Die Stadt will nun elektrisches Licht einführen und zwar sofort. Zu diesem Zwecke ist sie mit der Firma Heyold und Co. in Verbindung getreten und diese wird durch Ingenieure von Siemens und Halske in allen Straßen, die bisher mit Gas beleuchtet waren, Bogenlampen in Entfernungen von je hundert Metern aufstellen. Der Marktplatz soll drei Bogenlampen erhalten.

— Posen, 2. Februar. Der Bund der Landwirthe hielt heute Mittag im Saale des Apollotheaters zu Posen seine 7. Generalversammlung ab, die von etwa 1000 Personen besucht war. Der Vorsitzende der Provinzialgruppe Posen, Rittergutsbesitzer Endell-Rietz, eröffnete sie, worauf der hiesige Bundesvorsitzende, Rittergutsbesitzer Freiherr von Wangen im Spiegel, eine längere Rede hielt. Darin gab er zunächst einen Bericht über die Maßnahmen und Absichten des Bundesverbandes. Er berührte sodann die drei Interpellationen konservativer Fraktionen im Reichstage, über die Fleischnoth, das Bankgesetz und die Briefe. Die erste Interpellation ist bereits besprochen, die beiden anderen werden zu gegebener Zeit eingebracht werden. Ausführlich besprach Redner die Stellung seiner Fraktion zu den politischen Parteien, namentlich zum Centrum. Dabei betonte er besonders den festen nationalen Standpunkt. Man gewöhne jedem Gaste das Gastrecht. Wo aber fremde Elemente, ob im Osten oder Norden, gegen das deutsche Staatswesen feindlich auftraten, da werde man allem mit der deutschen Faust dreinschlagen, wie es der Oberpräsident von Preußen in Schleswig gethan, dessen Vorgehen bei allen nationalen Parteien eine Erlösung gewirkt habe. Wichtig sei auch das Verhalten der katholischen Bundesmitglieder. Niemals würden sie sich, wie dies im Wahlkreise Schlochau-Zuchel-Ronitz verurteilt worden sei, von den Deutschen ab- und zu den Polen hin drängen (!) lassen. Redner betonte die Wichtigkeit des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, warnte aber vor zu weiter Ausdehnung desselben, wie auf die Molkerei und Bäckerei. Reineswegs dürfe durch das Genossenschaftswesen der kleine Gewerbestand geschädigt werden. Eine Genossenschaft für den Spiritushandel, ähnlich

wie für den Getreidehandel, soll am 8. Februar in Berlin gebildet werden. Redner forderte zu lebhafter Theilnahme auf und schloß unter brausendem Beifall den Vortrag, indem er um Vertrauen und Unterstützung bat. In der Diskussion hat Herr Frederici-Gerke den Redner, im Reichstage für die Aufhebung der Zuckersteuer einzutreten, was zugesagt wurde. Herr Zindler-Mendorf versicherte von Neuem den Bundesvorsitzenden von Wangenheim des vollsten Vertrauens der Posener Bundesmitglieder. Herr Frederici erwiderte den Bundesvorsitzenden, sich im Landtage für die Abschaffung des auf mehreren Gütern des Regierungsbezirks Bromberg noch laufenden Karons zu verwenden. Herr Walowski-Friederichsheim bat, der Bund möchte die Interessen der kleinen Landwirthe mit Eifer fördern helfen. von Wangenheim erklärte, daß der Bund dies als seine vornehmste Fürsorge betrachte. An den Herrn Röske in Berlin wurde eine Depesche mit Gruß und Dank für treue Arbeit gesendet. Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die heute in Posen tagende 7. Generalversammlung des Bundes der Landwirthe spricht der Bundesleitung ihr volles Vertrauen, aber auch ihre volle Zustimmung zu den in jüngster Zeit von der Bundesleitung getroffenen Maßnahmen aus. Sie erklärt es für dringend erwünscht, daß die wirtschaftliche Bereinigung des Reichstages sobald als möglich zustande tritt und sich dann auch baldmöglichst zu einer wirksamen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Vaterlandes herausbildet.“ — Im Verlauf der Diskussion wurden dem Bundesvorsitzenden v. Wangenheim und Herrn Endell-Rietz begeisterte Ovationen dargebracht. Mit einem Hoch auf den großen deutschen Bund der Landwirthe schloß die Generalversammlung um 2 1/2 Uhr Nachmittags.

— Schneidemühl, 2. Februar. (Deutsch-katholischer Gottesdienst.) Augenblicklich infolge der deutsch-katholischen Beschwerden an den Erzbischof sind die polnischen Andachten auf die Morgenstunden vor dem deutschen Gottesdienste verlegt, d. h. auf die Zeit, in der sie auch früher abgehalten wurden.

Totales.

Thorn, 4. Februar.

* [Personalien.] Dem emeritirten Lehrer John zu Rosenburg ist der Adler der Inhaber des Rgl. Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

+ [Personalien bei der Eisenbahn.] Dem Regierers- und Baurath Sprenger, Mitglied der Eisenbahndirektion in Danzig, ist der Charakter als Geheimer Baurath verliehen. Berst: die Badmeister Schendel und Witt-rup von Bromberg nach Dirschau.

S [Wahl.] Für die durch Pensionierung des Herrn Ab-giessert erledigte Lehrerstelle an der höheren Mädchenschule wählte der Magistrat in seiner letzten Sitzung Herrn Lehrer Kerber von der 2. Gemeindefschule.

X [Staatsexamen.] Die Herren Dr. Silber-meister, Dr. Max Herford und Dr. Hans Moser haben die medizinische Staatsprüfung in München bestanden.

+ [Gestorben.] Ist dieser Tage, in Friedmann bei Berlin der Oberst a. D. Hermann Zembich. Er war von 1889 bis zu seiner im März 1891 erfolgten Pensionierung Kommandeur des hiesigen Inf. Regts. v. d. Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61.

W [Auf dem Schießplatz] trifft am 26. Februar das Infanterie-Regiment Nr. 129 aus Inowrazlaw zu einer achtstägigen gefechtsmäßigen Schießübung ein. Die Truppen werden im Baradenlager untergebracht.

— [Coppernicus-Verein.] Die Februar-Monats-Sitzung wird am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr im Mittelgehöf des Artushofes stattfinden. Auf der Tagesordnung des geschäftlichen Theils stehen außer einigen Mittheilungen des Vorstandes ein Antrag desselben in Bezug auf die Form der Aufnahme ordentlicher Mitglieder und die Feier des 19. Februars. In dem um 9 Uhr beginnenden wissenschaftlichen Theile, zu dem die Einführung von Gästen erwünscht ist, wird Herr Landrichter Engel einen Vortrag halten: „Die Kriegswaffen in Deutschland bis zum Ende des Mittelalters unter Vorlegung von Waffen und Abbildungen.“

— [Erster Bürgermeister Schufhebrus, Charlottenburg] ist am letzten Mittwoch in öffentlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Charlottenburg in feierlicher Weise in sein neues Amt eingeführt worden. Aus den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden dürfte — abgesehen davon, daß man der Persönlichkeit des Herrn Schufhebrus von seiner früheren hiesigen Thätigkeit her in unserer Stadt natürlich noch immer ein lebhafteres Interesse entgegenbringt — auch sonst Mancherlei der Beachtung unserer Bürgerschaft werth sein. Wir theilen deshalb nach der „Charl. Bürgerztg.“ hier das Folgende mit: Der Regierers-präsident Graf Hue de Grais sagte u. A.: „Das Amt, welches Sie, geachteter Herr Bürgermeister, antreten, ist ein ungewöhnlich schwieriges. Wenn man sonst in der Verwaltung in ein neues Amt eintritt, so hilft man sich dadurch, daß man auf die Vorbilder zurückgreift, daß man es so macht wie früher, unter Berücksichtigung der inzwischen vorgekommenen Veränderungen. In Charlottenburg verläßt einen diese Regel vollständig, die Stadt ist so rasch emporgeblüht und hat sich so mächtig entwickelt, daß sich von Jahr zu Jahr neue und immer andere Bedürfnisse herausstellen. Da gilt es, aus dem Nichts schöpferisch zu wirken und mit einer besondern Umsicht thätig zu sein, ja ich möchte sagen, noch mehr, als bisher zu leisten. Ich bin ja fest überzeugt, daß Ihre im Kommunaldienst bewährte Kraft und die reichen Erfahrungen, die Sie haben sammeln können eine gute Gewähr dafür bieten, daß Sie diesen großen Aufgabe einigermassen gewachsen sein werden. Eins muß aber hinzukommen, sonst würden Sie bei aller Thätigkeit das Ziel nicht erreichen, das ein heiliges Zusammenwirken der Stadtverordneten und des Magistrats ist. In der Stadtverordneten-Versammlung. — Nachdem der Regiererspräsident das neue Stadt-Oberhaupt durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet hatte, nahm Stadtoverordnete n Vorkörer Dr. Jaffe das Wort: „In Zuversicht und Hoffnung blicken wir Alle in die Zukunft. Sind auch die Verhältnisse, die Sie hier bei uns vorfinden, erheblich größer und bedeutender, als die, welche Sie verlassen haben, sind auch die Aufgaben hier in Ihrer neuen Stellung von größerer Bedeutung und Umfang, so sind sie gerade dadurch geeignet, Ihr Interesse anzuregen und Ihre Thätigkeit zu erproben. Die rapide und fast beispiellose Entwicklung der Stadt, die musterhafte Verwaltung, die Empfänglichkeit für neue Ideen, sind ganz geeignet, das Arbeiten schaffensfreudiger Männer anzuspornen und ihnen Gelegenheit zur Betätigung ihrer Fähigkeiten zu geben. Es wird Ihnen, verehrter Bürgermeister, nicht leicht werden, uns den Mann (den verstorbenen Oberbürgermeister Fritzsche) zu ersetzen, mit dem wir alle mit Treue und Anhänglichkeit arbeiteten, dessen Andenken wir tief in unserm Herzen tragen, den wir mit Stolz den Unseren nennen und dessen Verdienste allezeit in der Bürgerschaft rühmliche Verehrung finden. Meinen Wunsch weiß ich nicht besser zusammenzufassen, als indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Sie Ihnen in diesem Augenblicke die Augen der Bürgergenschaft zugewandt sind, Ihnen bald auch die Herzen zugewandt sein mögen.“ — Die Reihe kam nun an den Bürgermeister Mattig der seit dem Tode Fritzsche's die Verwaltung der Stadt geleitet hat, und der seine Rede wie folgt schloß: „Selbstverständlich sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe wichtiger Fragen Ihrer Entscheidung vorbehalten worden, und ich zweifle keinen Augenblick, daß es Ihrer bewährten Erfahrung bei dem Vertrauen das man Ihnen entgegenbringt, in kurzer

